

Antrag Imp-7**Frieden in der Welt nur mit einem stabilen Europa, der Stärkung multilateraler Institutionen und aktiver Rüstungskontrollpolitik**

1 Die internationale Ordnung befindet sich im Um-
2 bruch. Chinas Aufstieg als wirtschaftliche und politi-
3 sche Macht, die USA mit einem Präsidenten Donald
4 Trump, Russland mit Putin und zahlreiche Regional-
5 mächte, die nach Einfluss streben. Diese Entwick-
6 lung birgt Chancen, Gefahren und vor allem zahl-
7 reiche Herausforderungen für Deutschland und die
8 Europäische Union. Dies gilt vor allem im Hinblick
9 auf die Konflikte im Nahen Osten, im Irak, in Syri-
10 en und einem großen Teil der arabischen Halbinsel
11 und auf die Situation in der Ukraine. Hinzu kom-
12 men Risiken die von Failed States ausgehen, Terroris-
13 mus und die Ausbreitung des organisierten Verbre-
14 chens. Der fortschreitende Klimawandel, Umwelt-
15 zerstörung und häufig damit zusammen hängende
16 Migrationsbewegungen bergen Risiken für Frieden
17 und Sicherheit. Und nicht zuletzt sorgt auch die Ver-
18 breitung von Massenvernichtungswaffen bei vielen
19 Menschen für Verunsicherung.

20 Die Aufkündigung des INF-Abkommens ist ein
21 schwerer Schlag für die internationale Rüstungs-
22 kontrollpolitik und die bisherige Sicherheitsarchi-
23 tektur in der Welt. Bereits seit einigen Jahren fal-
24 len Rüstungskontrollverträge, von der Öffentlichkeit
25 oft wenig beachtet, wie Dominosteine. Dies deu-
26 tet auf eine grundsätzliche Problematik hin: Im-
27 mer mehr Staaten rüsten auf und wir haben kei-
28 ne ausreichenden internationalen Regelungen, um
29 Rüstungswettläufe zu verhindern. Vertragsgestütz-
30 te Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbrei-
31 tung müssen wieder in den Mittelpunkt unserer Po-
32 litik gerückt werden. Wir werden uns deshalb u.a.
33 gegen eine Stationierung von neuen Mittelstrecken-
34 raketen in Europa einsetzen und für eine deutlich
35 stärkere Beschränkung von Rüstungsexporte aus
36 Deutschland und der Europäischen Union eintreten.
37 **Deutschland hat eine Verantwortung in der Welt.**
38 Gerade vor dem Hintergrund der Geschichte und un-
39 serer eigenen Erfahrungen tragen wir eine beson-
40 dere Verantwortung für den Frieden, für Demokra-
41 tie und Menschenrechte in der Welt, denen wir un-
42 sere Freiheit und unseren Wohlstand verdanken. Es
43 ist deshalb richtig, dass wir uns in Kapitel 12 des Ko-
44 alitionsvertrages „Deutschlands Verantwortung für

45 Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt“ klar zu
46 dieser Verantwortung bekennen.
47 Deutschland wird diese Aufgabe jedoch nicht allei-
48 ne meistern können. **Die Antwort, um diese Ver-**
49 **antwortung gemeinsam zu tragen ist Europa.** Eu-
50 ropa ist die friedlichste Region der Welt. Als Frie-
51 densmacht wollen wir Europa in der Welt positionie-
52 ren. Die Europäische Union muss “weltpolitikfähig”
53 werden, um aktiv für ihre Werte und ein friedliches
54 Miteinander als Akteur auf der Weltbühne einste-
55 hen zu können. Deshalb wollen wir die EU als Akteur
56 in der Außenpolitik stärken: Als Union von 27 (28)
57 Staaten muss sie zum Vorreiter einer regelbasierten
58 Ordnung in der Welt werden.
59 Gerade im Sicherheitsbereich ist das Beharren auf
60 nationaler Souveränität und auf nationalen Egois-
61 men besonders stark ausgeprägt. Gerade in diesem
62 Bereich braucht es besonders viel Vertrauen, um na-
63 tionale Kompetenzen und Fähigkeiten gemeinsam
64 anzugehen. Ohnehin scheint eine Rückbesinnung
65 auf das “Nationale” in (vermeintlichen) Krisenzei-
66 ten wieder verstärkt Konjunktur zu haben. Die heu-
67 tigen Herausforderungen sind jedoch nur multilate-
68 ral durch globale Kooperation zu lösen. Dafür müs-
69 sen wir die UNO, G 8, G 20, die NATO, die OSZE,
70 die EU, den Europarat, aber auch die Weltbank und
71 die WTO als Institutionen multilateraler Kooperati-
72 on stärken.
73 **In der EU müssen wir dafür folgendes leisten:**
74 Die Stärkung der gemeinsamen Sicherheits- und
75 Verteidigungspolitik mit dem klaren Ziel einer Eu-
76 ropäische Verteidigungsunion stärkt die EU von in-
77 nen. Kooperation in möglichst vielen Bereichen, die
78 essentiell für die Sicherheit eines jeden einzelnen
79 Mitgliedsstaates sind, wird die Notwendigkeit der
80 friedlichen Zusammenarbeit weiter erhöhen. Da-
81 zu gehört eine engere Zusammenarbeit der EU-
82 Mitgliedstaaten in der Rüstungsindustrie. Nicht je-
83 de Armee muss in Zukunft alles können; die Zeit
84 der nationalen Universalarmeen in Europa ist zu En-
85 de. Bereits 2004 war die Europäische Verteidigungs-
86 agentur (EVA) deshalb mit der Aufgabe be-
87 traut worden „Maßnahmen zur Stärkung der in-
88 dustriellen und technologischen Basis des Verteidigungs-
89 sektors“ zu fördern. 27 nationale Armeen mit zu-
90 sammen rund zwei Millionen Soldatinnen und Sol-
91 daten sind nicht mehr zeitgemäß. Die nationale
92 Fragmentierung beeinträchtigt mit unnötigen Dop-
93 pelungen im Verteidigungssektor die Einsatzfähig-

94 keit der Streitkräfte und verursacht zudem vermeid-
95 bare jährliche Kosten, die auf rund 21 Milliarden Euro
96 geschätzt werden. Es ist deshalb notwendig Koope-
97 rationsprojekte zur gemeinsamen Entwicklung von
98 Verteidigungsfähigkeiten im Rahmen der Ständigen
99 Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) weiter zu
100 fördern. Wenn Ressourcen gebündelt werden, Fähig-
101 keiten koordiniert und redundante Waffen und Aus-
102 rüstungssysteme überprüft werden, könnte bei glei-
103 cher oder erhöhter Schlagkraft viel Geld eingespart
104 werden. Ein Teil davon wäre nutzbar, um moderne
105 Ausrüstung zu beschaffen oder um zivile, politische
106 und diplomatische Maßnahmen zu finanzieren.
107 Mit diesem Handlungsspielraum könnte die EU ver-
108 stärkt gemeinsam auf Krisen- und Konfliktpräventi-
109 on setzen. Die schnelle militärische Kri-senreaktion
110 muss ebenso verbessert werden, wie der Ausbau der
111 zivilen Fähigkeiten und die Planung und Durchfüh-
112 rung von Missionen.
113 Militärische Missionen sollten ganz klar das letzte
114 Mittel sein und sind nur dann eine Option, wenn
115 akut humanitären Katastrophen zu begegnen ist.
116 Jegliche militärische Intervention muss völkerrecht-
117 lich legitimiert sein, darf also ausschließlich auf Ba-
118 sis des Kapitels VII oder des Artikel 51 der Charta
119 der Vereinten Nationen (UN) erfolgen. Der Kosovo-
120 Krieg muss hier für die Zukunft eine absolute Aus-
121 nahme bleiben. Deutschland sollte sich künftig nur
122 an Missionen beteiligen, wenn diese durch ein völ-
123 kerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Na-
124 tionen legitimiert sind und der Deutsche Bundes-
125 tag zugestimmt hat. Alle diplomatischen und politi-
126 schen Mittel der friedlichen Streitbeilegung sind bis
127 zur ultima-ratio auszuschöpfen.
128 Dringend notwendig ist eine Neuausrichtung der
129 **Europäischen Nachbarschaftspolitik** gegenüber
130 Nordafrika und dem Nahen Osten. Schwerpunkte
131 müssen dabei auf der Förderung von Rechtsstaat-
132 lichkeit, Demokratie und Bürgergesellschaft liegen.
133 Und die EU muss ihren Agrarmarkt für Produkte aus
134 Nordafrika und Nahost weiter öffnen.
135 Nicht zuletzt gehört eine verantwortungsvolle
136 **Klima- und Entwicklungspolitik** zu den notwen-
137 digen Weichenstellungen für eine Friedens- und
138 Sicherheitspolitik.
139 Um stärker mit einer Stimme zu sprechen soll der
140 Europäische Auswärtige Dienst (EAD) weiter ausge-
141 baut und gestärkt werden. Wir wollen, dass Euro-
142 pa in der Welt durch einen europäischen Außenmi-

143 nister / eine Außenministerin vertreten wird. Das
144 Amt der Hohen Vertreterin der Union für Außen-
145 und Sicherheitspolitik soll dahingehend fortentwi-
146 ckelt werden. Bei außenpolitischen Entscheidungen
147 wollen wir das Einstimmigkeitsprinzip abschaffen,
148 um der gemeinsamen europäischen Außenpolitik
149 mehr Handlungsspielraum zu gewähren. Der Rat
150 der europäischen Außenministerinnen und Außen-
151 minister soll über die meisten Fragen mit Mehr-
152 heit entscheiden können. Es muss ein Ende ha-
153 ben, dass Mitgliedsstaaten sich auseinanderdividie-
154 ren lassen und sich Europa damit außenpolitisch
155 lähmt. Gleichzeitig sollte die EU auf einen gemein-
156 samen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Natio-
157 nen (VN) hinarbeiten. Die deutsche Mitgliedschaft
158 im VN-Sicherheitsrat 2019 und 2020 sollen wir als
159 europäische Mitgliedschaft gestalten.

160 **Friedensstiftung** im europäischen Kontext muss das
161 zentrale Ziel deutscher Außenpolitik sein. In einer
162 sich rasant verändernden Weltordnung lässt sich
163 diese Herausforderung nicht in nationalen Allein-
164 gängen lösen, sondern ausschließlich in zwischen-
165 staatlichen Kooperationsnetzwerken multilateraler
166 Politik. Die immer engere Einbindung in das dichte
167 Netz transnationaler Abhängigkeiten innerhalb der
168 Europäischen Union ermöglicht letztlich erst natio-
169 nale Unabhängigkeit. Sie erweitert die außenpoli-
170 tischen Handlungsoptionen Deutschlands um den
171 europäischen Mehrwert. Daran müssen wir festhal-
172 ten und eine gemeinsame europäische Außenpoli-
173 tik proaktiv und selbstbewusst fortentwickeln.

174 Nicht zuletzt die **Prinzipien sozialdemokratisch ge-**
175 **prägter Entspannungspolitik** haben die deutschen
176 und europäischen Erfahrungen im Kalten Krieg ent-
177 scheidend mit geprägt. Die Isolation von Gegenspie-
178 lern löst keine Konflikte. Sie sind nur im Aufbau
179 von Sicherheitsstrukturen und durch die Pflege ver-
180 trauensbildender multilateraler Dialogkanäle über-
181 windbar. Diese Erfahrungen sind keineswegs über-
182 holt und sollten für eine neue sozialdemokratische
183 Friedenspolitik als Grundlage dienen.